

### 3.1 Allgemeine Angaben zum Teilprojekt B 8

#### 3.1.1 Thema:

Binnenstaatliche Wohlfahrtsstaatskonstruktionen und internationale Armutsbekämpfung: Die Europäische Union als entwicklungspolitischer Akteur

#### 3.1.2 Fachgebiete und Arbeitsrichtung:

Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen und Außenpolitik

#### 3.1.3 Leiter:

Hanns W. Maull, Prof. Dr., geb. am 05.10.1947  
 Universität Trier  
 Fachbereich III  
 Politikwissenschaft / Internationale Beziehungen und Außenpolitik  
 Universitätsring 15  
 54286 Trier

Telefon: 0651/201-2129 (Skr.)  
 Telefax: 0651/201-3908  
 E-Mail: [maull@uni-trier.de](mailto:maull@uni-trier.de)

Ist die Stelle der Leiter/der Leiterinnen des Projektes befristet?  
 nein       ja, befristet bis zum \_\_\_\_\_

Sebastian Harnisch, Dr., geb. 03.02.1967  
 Universität Trier  
 Fachbereich III  
 Politikwissenschaft / Internationale Beziehungen und Außenpolitik  
 Universitätsring 15  
 54286 Trier

Telefon: 0651/201-2129 (Skr.)  
 Telefax: 0651/201-3908  
 E-Mail: [harnisch@uni-trier.de](mailto:harnisch@uni-trier.de)

Ist die Stelle der Leiter/der Leiterinnen des Projektes befristet?  
 nein       ja, befristet bis zum 31.03.2006 (mit Verlängerungsoption um 3 Jahre)

#### 3.1.4 entfällt

#### 3.1.5 entfällt

### 3.1.6 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Haushaltsjahr	Personalkosten	Sächl. Verw.-ausgaben	Investitionen	gesamt
bis 2001	—	—	—	—
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
Zwischen-summe	—	—	—	—
2005	110,4	6,2	—	116,6
2006	110,4	14,8	—	125,2
2007	110,4	27,4	—	137,8
2008	110,4	3,8	—	114,2
<b>Summe 2005-2008</b>	<b>441,6</b>	<b>52,2</b>	<b>—</b>	<b>493,8</b>

Beträge in Tausend EUR

### 3.2 Zusammenfassung

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union (EU) ist neben der Handelspolitik und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine der zentralen Komponenten der Außenbeziehungen und zugleich ein wichtiges Instrument zur Bewältigung der globalen Herausforderungen von ordnungspolitischer Anomie zwischen Kulturen und Ideologien („Fremdheit“) und Entwicklungsgefällen zwischen Arm und Reich („Armut“) im 21. Jahrhundert. Das Projekt untersucht in der ersten Förderphase die EU-Entwicklungs- und Armutsbekämpfungspolitik im Rahmen der Sonderbeziehungen der Gemeinschaft zu den AKP-Staaten (Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik). Erkenntnisleitend ist dabei die Frage, ob und wie die AKP-Politik der EU nationale Wohlfahrtstaatskonzeptionen und -politiken auf europäischer Ebene aufgreift, umsetzt und diese auch eigenständig synthetisiert oder neu konzipiert. Zentral ist dabei das Konzept der Solidarität, das die SFB-Thematik der Armut (Solidarität als Motiv internationaler Entwicklungspolitik) wie auch diejenige der Fremdheit (die Beziehungen zu den AKP-Staaten sind Sonderbeziehungen, die einen bestimmten Teil der „Dritten Welt“ inkludieren und privilegieren, damit zugleich aber auch andere Teile exkludieren) umfasst. Die EU-Politik gegenüber den AKP-Staaten versteht sich aber auch als ein Beitrag zur Überwindung internationaler Konfliktpotenziale im Zusammenhang mit kulturellen und ideologischen Gegensätzen. Mit dem Versuch, eine allgemeine Theorie der Solidarität für den Kontext der internationalen Beziehungen zu entwickeln, soll die theoretische Dimension des SFB erweitert und gleichzeitig auch eine Brücke zu anderen Projekten des SFB geschlagen werden.

Die Beziehungen der EU zum AKP-Raum bieten ein reizvolles Untersuchungsfeld für die Frage, ob und in welchem Maße Konzepte und Politiken von Solidarität und Verantwortung im Umgang mit Armut innerhalb einer staatlich verfassten Gesellschaft sich auf die Außen- und Entwicklungspolitik der EU übertragen. Um diesen Zusammenhang zu erschließen, werden aus der Literatur, aber auch über einen spezifisch für das Projekt entwickelten solidaritätssoziologischen Ansatz, theoriegestützte Hypothesen generiert und am Beispiel der AKP-Politik in einem historischen Längs- und Querschnittvergleich vergleichend überprüft. Dabei wird auf ausgewählte EU-Staaten (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Schweden) zurückgegriffen und untersucht, ob und in welcher Form jeweils Modelle nationaler Wohlfahrtstaatlichkeit auf europäischer Ebene relevant werden konnten.

Perspektivisch angelegt ist in diesem Teilprojekt in einer zweiten Förderphase die Ausweitung der Fragestellung auf die EU-Entwicklungspolitik in globalen Kontexten, etwa mit Blick auf die Gewährung von Handelspräferenzen für Entwicklungsländer oder die Auseinandersetzungen um entwicklungspolitische Konzeptionen, etwa in der Weltbank. In dieser Fortführung des Projektes würde der Vergleich zwischen den ent-

wicklungspolitischen Konzeptionen, Strategien und Praktiken der EU im Vergleich zu denen der USA und Japans ins Zentrum rücken.

### 3.3 Stand der Forschung

Das Projekt geht der Frage nach, welche Rolle die in modernen europäischen Wohlfahrtstaatskonzeptionen institutionalisierten Formen der Solidarität bei der Gewährung von Außenhilfen und der Bekämpfung internationaler Armut durch die EU spielen. Das autonome Gewicht von Solidarität soll dabei systematisch und theoretisch-vergleichend am Beispiel der Kooperationsbeziehungen der EG / EU mit den AKP-Staaten seit den 1960er Jahren analysiert werden. Das Teilprojekt knüpft damit an drei Forschungsstränge an und bezieht diese systematisch aufeinander. Beim ersten Forschungsstrang handelt es sich um das Verhältnis zwischen demokratischen Wohlfahrtstaatskonzeptionen,<sup>1</sup> Solidarität und der Außen- bzw. Entwicklungshilfepolitik moderner Industriestaaten (1). Der zweite nimmt die Diskussion um die EU als internationaler Akteur der Entwicklungspolitik in den Blick (2). Der dritte Strang knüpft an die Diskussion über die Bedeutung und den Einfluss immaterieller Bedingungsfaktoren in den internationalen Beziehungen an (3).

(1) Ein Blick in die einschlägige Literatur zeigt, dass die Analyse des Zusammenhangs von modernen Wohlfahrtstaatskonzeptionen, Solidarität und Außen- und Entwicklungspolitik noch in den Kinderschuhen steckt. Dies überrascht, wird in der Außenpolitikforschung doch seit längerem von der Notwendigkeit ausgegangen, bei der Analyse außenpolitischen Handelns binnenstaatliche und gesellschaftliche Faktoren einzubeziehen<sup>2</sup>. Es überrascht auch deshalb, weil soziale Wohlfahrt als zentrales Element moderner Industriegesellschaften angesehen wird. Neben staatlicher Sicherheit nach innen und außen, nationaler Identität und demokratischer Legitimation von politischen Entscheidungen stellen soziale Wohlfahrt und Solidarität zentrale Steuerungsressourcen moderner Staatlichkeit dar.<sup>3</sup> Der Wohlfahrtstaat soll helfen, wirtschaftliche Effizienz und gemeinwohlorientierte Ressourcen bereitzustellen, er soll aber auch dazu beitragen, distributive Fehlentwicklungen wie Armut, soziale Exklusion und ungleich verteilte soziale Handlungsrechte zu beseitigen, um damit soziale Integration und Solidarität innerhalb einer Gesellschaft zu fördern.<sup>4</sup> Friedensforscher haben auf die Notwendigkeit einer aktiven Politik der Chancen- und Verteilungs-

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Wohlfahrtstaat“ ist eine deutsche Übersetzung des Terminus „welfare state“, wofür häufig synonym auch der Begriff des Sozialstaates verwendet wird. Wir verwenden hier den Begriff Wohlfahrtstaat im Sinne der englischen Wortbedeutung. Zur Begriffsgeschichte KAUFMANN, Sozialpolitisches Denken.

<sup>2</sup> Zum internationalen Forschungsstand siehe HARNISCH, Außenpolitikforschung.

<sup>3</sup> Vgl. RITTER, Sozialstaat; NULLMEIER / RÜB, Transformation; LESSENICH / OSTNER, Welten; NULLMEIER, Theorie des Sozialstaates; KAUFMANN, Varianten; ZÜRN, Regieren, S. 123-156.

<sup>4</sup> In welcher Form dies geschehen soll, variiert von Land zu Land und ist Anlass ständiger legitimatorischer Rechtfertigung. Vgl. dazu KERSTING, Theorien, S. 398f; auch TRAGL, Solidarität.

gerechtigkeit im Sinne der Sicherung der Grundbedürfnisse verwiesen, um Frieden in und zwischen staatlich organisierten Gesellschaften zu garantieren.<sup>5</sup> Ebenso hat die Diskussion um Fragen der internationalen Gerechtigkeit den Wechselbezug zwischen nationaler Ordnung und den Möglichkeiten der globalen Verteilung sozialer Wohlfahrt thematisiert.<sup>6</sup> Wenn sich konstitutive Prinzipien und Normen innerstaatlicher Verfasstheit auf das friedfertige Außenverhalten übertragen, wie die Forschung zum „demokratischen Frieden“<sup>7</sup> gezeigt hat, dann ist zu erwarten, dass die Wahrnehmung und der Umgang mit Armut und sozialer Unausgewogenheit im Innern eines Landes sich auch auf das Außenverhalten übertragen.

Nun sind Überlegungen über das wohlfahrtsstaatliche Wechselverhältnis zwischen „Innen“ und „Außen“ für die Entwicklungsforschung nicht gänzlich neu. Vergleichende Studien zeigen, dass sich die entwicklungspolitische Praxis moderner Wohlfahrtsstaaten nur erklären lässt, wenn die prinzipielle Wertschätzung von Hilfe für Arme innerhalb der Gesellschaft sowie sozio-politische Werte, die entwickelten Wohlfahrts- und Solidaritätsgemeinschaften zugrunde liegen, berücksichtigt werden.<sup>8</sup> So wird argumentiert, dass die Einkommensverteilung in einem unmittelbaren Verhältnis zu den entwicklungspolitischen Ausgaben eines Landes stehe. Je höher die Ausgaben für soziale Wohlfahrt im Innern eines Landes sind, um so generöser tritt es gegenüber den armen Ländern der Dritten Welt auf.<sup>9</sup> Daraus hat die Forschung den Schluss gezogen, dass der Entwicklungshilfe und dem Wohlfahrtsstaat die gleichen moralischen Werte zugrunde liegen. Neuere Arbeiten haben hingegen auf die begrenzte Aussagekraft dieses Zusammenhangs hingewiesen.<sup>10</sup> Einerseits beruhen diese Studien größtenteils auf Ad-hoc-Plausibilisierungen einzelner Länder mit einem hohen Sozialstaatsprofil. Andererseits sagt die positive Korrelation zwischen der Höhe der Sozialausgaben und dem Umgang öffentlicher Entwicklungshilfeleistungen noch nichts über den kausalen Mechanismus des postulierten Zusammenhangs aus. Die systematische und vergleichende Untersuchung und kausale Erklärung des Zusammenhangs zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatskonzeptionen und nationaler oder gar europäischer Entwicklungshilfepolitik steht noch aus.

(2) Der zweite Forschungsstrang, an dem das Projekt anknüpft, kreist um die Diskussion der EU als internationaler Akteur. Während die Beschäftigung mit der europäischen Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik inzwischen eine gewisse empirische und theoretische Dichte erreicht hat,<sup>11</sup> sind die interregionalen Kooperationsab-

<sup>5</sup> SENGHAAS, Frieden machen; MAULL, Zivilmacht?

<sup>6</sup> Vgl. für einen Überblick BEITZ, International Liberalism.

<sup>7</sup> Für einen aktuellen Überblick HASENCLEVER, Liberale Ansätze.

<sup>8</sup> PRATT, Middle Power; STOKKE, Western Middle Powers.

<sup>9</sup> Vgl. LUMSDAINE, Moral Vision, S. 121ff.

<sup>10</sup> So etwa IMBEAU, Donor Aid; NOEL / THERIEN, International Justice.

<sup>11</sup> Zur Handelspolitik u.a. MEUNIER / NICOLAIDIS, Who Speaks; für die GASP bzw. ESVP siehe

kommen (EuroMed, Asean, Mercosur), insbesondere aber die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik kaum theoretisch erforscht, obwohl Brüssel bei der Auslandshilfe zum Spitzenreiter vor den USA geworden ist und die Nord-Süd-Politik der EU in den letzten Jahren durch rechtliche, finanzielle und institutionelle Veränderungen wachsende Bedeutung erlangte.<sup>12</sup> Die Forschung hat diesen realpolitischen Veränderungen erst im Ansatz Rechnung getragen.<sup>13</sup>

Aus Sicht unserer Fragestellung lassen sich vor allem zwei Lücken festmachen. Zum einen fehlt es an Studien, welche die internationale Armutsbekämpfungspolitik im Rahmen der EU-Entwicklungspolitik zum Gegenstand haben. Die Forschung mit EU-Bezug nimmt die Armutsproblematik vorwiegend aus der Binnenperspektive in den Blick.<sup>14</sup> Welche spezifische Rolle die EU bei der Bekämpfung internationaler Armut einnimmt, bleibt hingegen unterbelichtet, obwohl Europa bei der Armutsbekämpfung zu einem wichtigen internationalen Akteur aufgestiegen ist.<sup>15</sup> Zum anderen fehlt es an Arbeiten, welche die wachsende Bedeutung der EU als globaler Nord-Süd-Akteur theoretisch erklären. Obwohl die Gemeinschaft nicht zuletzt wegen der Politik der Armutsbekämpfung und Krisenprävention im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik als ein Akteur mit besonderer ziviler Qualität konzeptionalisiert wurde, dessen Ziel es ist, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu domestizieren,<sup>16</sup> wurde das normative Leitbild der Zivilmacht Europa bislang vor allem im Rahmen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU theoretisiert.<sup>17</sup> Neuere Beiträge rücken verstärkt die Projektion moralischer Zielsetzung und auch die Berücksichtigung der europäischen Interessen in der internationalen Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik in den Vordergrund und fragen nach dem Modellcharakter „Europas“ in der Welt.<sup>18</sup>

---

PETERSON / SJURSEN, Common; SCHUBERT / MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, Europäische Union; NUTALL, European; JOERISSEN/ STAHL, Europäische Außenpolitik; WAGNER/ HELLMANN, Zivile Weltmacht?

<sup>12</sup> Vgl. GRILLI, The EC; LISTER, Development Policy; GRIMM, Afrikapolitik; WOLF, EU-ACP Relations; BRÜNE, Nord-Süd-Akteur.

<sup>13</sup> MAXWELL / ENGEL, Development; SCHMIDT, Aktuelle Aspekte; GRIMM, Afrikapolitik; ELGTRÖM, Lomé; WEILAND, von Lomé zu Cotonou. Zur kritischen Bewertung der Lomé-Kooperation siehe KAPPEL, Fehlleistungen von Lomé; für eine Diskussion der Nord-Süd-Beziehungen im Kontext der Globalisierung TETZLAFF, Weltkulturen.

<sup>14</sup> BÖHNKE, Armut; EBERLEI, Armutspolitik wird europäisch.

<sup>15</sup> BRÜNE, Europas Außenbeziehungen, S. 215.

<sup>16</sup> DUCHÊNE, Rolle Europas. Zum Zivilmachtkonzept siehe HILL, European; KIRSTE / MAULL, Zivilmacht.

<sup>17</sup> Etwa DEMBINSKI, Abschied? Kritisch zum normativen Konzept des Zivilmachtbegriffes BULL, Civilian Power; JÜNEMANN / SCHÖRNIG, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für eine Anwendung auf die Sonderbeziehungen der EU zu Afrika siehe GRIMM, Afrikapolitik.

<sup>18</sup> Etwa NICOLAÏDIS / LACROIX, Order; MANNERS, Normative Power. Vgl. auch BRYSK [u.a.], After Empire.

(3) Schließlich knüpfen wir mit unserem Projekt auch an die in den letzten Jahren in den Internationalen Beziehungen (IB) geführte Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte an.<sup>19</sup> Rationalistische Erklärungsansätze zur Außen- und Entwicklungspolitik wie etwa der Neorealismus zeichnen sich dadurch aus, dass sie von (zweck-) rationalen Akteuren ausgehen, die egoistisch handeln und sich wenig um normative Prinzipien kümmern. Was für sie zählt, sind Kategorien wie Macht, Einfluss oder ökonomisches Interesse. Moralische oder solidarische Motive spielen dabei keine entscheidende Rolle. Entwicklungspolitische Generosität wird lediglich als ein individuelles Handlungsmotiv verstanden, welches nicht einfach auf die staatliche Ebene übertragen werden kann. Auch dem Liberalismus in der von Moravcsik geprägten Version liegt ein rationalistisches Erklärungsmodell zugrunde.<sup>20</sup> Im Unterschied jedoch zum neo-realistischen Paradigma setzt der Liberalismus auf der subsystemischen Ebene von Einzelstaaten und -gesellschaften an. Nicht die zwischenstaatliche Machtverteilung ist die treibende Kraft, sondern internationale Politik ist vorrangig durch die Konvergenz oder Divergenz der durch Regierungen vertretenen, durchsetzungsfähigen gesellschaftlichen und individuellen Gruppen bestimmt. Übertragen auf die Entwicklungs- und Armutspolitik bedeutet dies, dass eine moralische Verpflichtung zur Armutsbekämpfung über die rein humanitäre Hilfe hinaus auch vom Liberalismus in seiner ideellen, republikanischen und ökonomischen Variante prinzipiell nicht anerkannt wird.<sup>21</sup> Entwicklungspolitik ist, darin dem Neorealismus ähnlich, primär ein politisches Instrument zur Steigerung der Wohlfahrt der Geberländer bzw. politisch besonders durchsetzungsfähiger Gruppen in diesen Gesellschaften. Solidarische oder moralische Motive der Akteure haben dabei keinen intrinsischen, sondern lediglich instrumentellen Wert.

Auch wenn rationalistische Erklärungsansätze nicht gänzlich blind gegenüber ideellen Faktoren sind, so sind moralische Pflichten, Solidarität und soziale Gerechtigkeitsnormen doch erst in den letzten Jahren verstärkt als Einflussgrößen in der Außenpolitik westlicher Demokratien diskutiert und analysiert worden.<sup>22</sup> Für den vergleichsweise jungen konstruktivistischen Forschungszweig ist die Wahl eines moderat konstruktivistischen Zugangs für unsere Fragestellung in zweifacher Hinsicht von Interesse: Einerseits wird ein Untersuchungsgegenstand gewählt, der bislang kaum systematisch aus konstruktivistischer Sicht bearbeitet wurde. Andererseits haben wir es bei der Entwicklungs- und Armutsbekämpfungspolitik im AKP-Kontext mit einer Querschnittsaufgabe zu tun, weil hier wie in kaum einem anderen Politikfeld sicherheitspolitische, außenwirtschaftspolitische und normative Ziele im Konflikt stehen.

---

<sup>19</sup> Einen Überblick geben WENDT, *Social Theory*; RISSE, *Konstruktivismus*.

<sup>20</sup> MORAVCSIK, *Taking Preferences Seriously*; vgl. auch FREUND / RITTBERGER, *Utilitarian-liberal*.

<sup>21</sup> Siehe u.a. SCHRADER, *Machtstaat*, S. 257-259.

<sup>22</sup> Vgl. u.a. LUMSDAINE, *Moral Vision*; KATZENSTEIN, *Culture of National Security*; HASENCLEVER, *Die Macht der Moral*; STEFFEK, *Gerechtigkeit*.

Sollte hier ein autonomer Einfluss der grundsätzlichen Wertschätzung von Hilfe für Arme nachweisbar sein, der sich in außen- und entwicklungspolitische Strukturen übersetzt, dann wäre damit auch der Nachweis für die Relevanz „weicher“ Faktoren in der Außen- und Entwicklungspolitikforschung erbracht.

### Literatur in Auswahl

- BAUMANN, Rainer / RITTBERGER, Volker / WAGNER, Wolfgang: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 2 (1999), S. 245-287.
- BAYERTZ, Kurt: Begriff und Problem der Solidarität. In: DERS. (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt / M. 1998, S. 11-53.
- BEITZ, Charles R.: International Liberalism and Distributive Justice. A Survey of Recent Thought. In: World Politics 51 (1999), S. 269-296.
- BODE, Ingo: Solidarität im Vorsorgestaat. Der französische Weg sozialer Sicherheit. Frankfurt / M. 1999.
- BÖHNKE, Petra: Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29 (2002), S. 29-38.
- BRÜNE, Stefan: Die EU als Nord-Süd Akteur. Abschied von Lomé? In: SCHUBERT, Klaus / MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, Gisela (Hg.), S. 205-218 (s. unten).
- DERS.: Europas Außenbeziehungen und die AKP-Staaten: Das Abkommen von Cotonou. Eine Zwischenbilanz. In: Nord-Süd aktuell 2 (2002), S. 301-314.
- BRUNKHORST, Hauke: Solidarität unter Fremden. Frankfurt / M. 1997.
- DERS.: Solidarität. Frankfurt / M. 2002.
- BRYSK, Alison u. a.: After Empire: National Identity and Post-Colonial Families of Nations. In: European Journal of International Relations 8 (2002), S. 267-305.
- BULL, Hedley: Civilian Power Europe: A Contradiction in Terms? In: TSOUKALIS, L. (Hg.): The EC: Past, Present and Future. Oxford 1983, S. 149-170.
- DAC (Development Advisory Committee of the OECD): Shaping the 21<sup>st</sup> Century: The contribution of Development Cooperation. Paris 1996.
- DEMBINSKI, Matthias: Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht"? Die ESVP und die Zukunft Europäischer Außenpolitik. Frankfurt / M. 2002.
- DUCHÊNE, Francois: Die Rolle Europas im Weltsystem. Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz. In: KOHNSTAMM, Max / HAGER, Wolfgang (Hg.): Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner? Frankfurt / M. 1973, S. 11-35.
- DURKHEIM, Emile: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt / M. 1992 [1893].
- EBERLEI, Walter: Armutspolitik wird europäisch. In: Sozialextra 7/8 (2002), S. 49-52.
- ELGTRÖM, Ole: Lomé and Post-Lomé: Asymmetric Negotiations and the Impact of Norms. In: European Foreign Affairs Review 5 (2000), S. 175-195.
- ESPING-ANDERSON, Gøsta: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1990.
- FERRERA, Maurizio: The Southern Model of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 1 (1996), S. 17-37.
- DERS. / HEMERIJCK, A. / RHODES, M. : The Future of Social Europe. Recasting Work and Welfare in the New Economy. Oeirs 2000.



- FISCHER, Frank / FORESTER, John (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham 1993.
- FREUND, Corinna / RITTBERGER, Volker: Utilitarian-liberal foreign policy theory. In: RITTBERGER, Volker (Hg.): *German foreign policy since unification. Theories and case studies*. Manchester 2001, 68-104.
- GEORGE, Alexander L. / MCKEOWN, Timothy J.: *Case Studies and Theories of Organizational Decision Making*. In: SPROULL, L. S./ LARKEY, P. D. (Hg.): *Advances in Information Processing in Organizations*. Greenwich 1985, S. 21-58.
- GRILLI, Enzo R.: *The EC and the Developing Countries*. Cambridge 1993.
- GRIMM, Sven: *Die Afrikapolitik der Europäischen Union*. Hamburg 2003.
- HARNISCH, Sebastian: *Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels*. In: HELLMANN, Gunther [u.a.] (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland*. Baden-Baden 2003, S. 313-360.
- HASENCLEVER, Andreas: *Die Macht der Moral in der internationalen Politik*. Frankfurt / M. 2001.
- HASENCLEVER, Andreas: *Liberales Ansätze zum "demokratischen Frieden"*. In: SCHIEDER, Siegfried / SPINDLER, Manuela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen 2003, S. 190-225.
- HILL, Christopher: *European Foreign Policy: Power Bloc, Civilian Model or Flop?* In: RUMMEL, Reinhardt (Hg.): *The Evolution of an International Actor. Western Europe's New Assertiveness*. Boulder 1999, S. 31-55.
- IMBEAU, Louis-Marie: *Donor Aid - The Determinants of Development Allocations to Third World Countries: A Comparative Analysis*. New York 1989.
- JOERISSEN, Britta / STAHL, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität*. Münster 2003.
- JÜNEMANN, Annette / SCHÖRNIG, Niklas: *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der "Zivilmacht Europa"*. Frankfurt / M. 2002.
- KAPPEL, Robert: *Die entwicklungspolitischen Fehlleistungen von Lomé*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 15 (1999) 3, S. 247-256.
- KATZENSTEIN, Peter J.: *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York 1996.
- KAUFMANN, Franz-Xaver: *Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität*. In: MÜNKLER, Herfried / FISCHER, Karsten (Hg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn*. Berlin 2002, S. 19-54.
- DERS.: *Sozialpolitisches Denken*. Frankfurt / M. 2003.
- DERS.: *Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. Frankfurt / M. 2003.
- KELLER, Reiner [u.a.] (Hg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Bd. 1: *Theorien und Methoden*. Opladen 2001.
- KERSTING, Wolfgang: *Theorien der sozialen Gerechtigkeit*. Stuttgart 2002.
- KING, Gary [u.a.]: *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Quantitative Research*. Princeton 1994.
- KIRSTE, Knut / MAULL, Hanns. W.: *Zivilmacht und Rollentheorie*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1996), S. 283-312.

- LESSENICH, Stephan / OSTNER, Illona: *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt / M. 1998.
- LISTER, Marjorie (Hg.): *European Union Development Policy*. London 1998.
- LUMSDAINE, David H.: *Moral Vision in International Politics. The Foreign Aid Regime. 1949-1989*. Princeton 1993.
- MAJONE, Giandomenico: *Evidence, Argument and Persuasion in the Policy Process*. New Haven 1989.
- MANNERS, Ian: Normative Power Europe: A contradiction in terms? In: *Journal of Common Market Studies* 2 (2002), S. 235-258.
- MAULL, Hanns W.: Zivilmacht Bundesrepublik? Ein "Blätter"-Gespräch. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8 (1993), S. 934-948.
- MAXWELL, Simon / ENGEL, Paul: *European Development Cooperation to 2010*. London 2004.
- MEUNIER, Sophie / NICOLAIDIS, Kalypso: Who Speaks for Europe? The Delegation of Trade Authority in the EU. In: *Journal of Common Market Studies* 3 (1999), S. 477-501.
- MORAVCSIK, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics. In: *International Organization* 4 (1997), S. 513-553.
- NICOLAIDIS, Kalypso / LACXROIX, Justine: Order and Justice Beyond the Nation-State: Europe's Competing Paradigmas. In: FOOT, Rosemary u. a. (Hg.): *Order and Justice in International Relations*. Oxford 2003, S. 125-154.
- NOEL, Alain / THÉRIEN, Jean-Phillipe: From domestic to international justice. In: *International Organization* 49 (1995), S. 523-553.
- NULLMEIER, Frank / RÜB, Friedbert W.: *Die Transformation der Sozialpolitik*. Frankfurt / M. 1993.
- DERS.: *Politische Theorie des Sozialstaates*. Frankfurt / M. 2000
- NUTALL, Simon: *European Foreign Policy*. Oxford 2000.
- PETERSON, John / SJURSEN, Helen (Hg.): *A Common Foreign Policy for Europe? Competing Visions on CFSP*. London 1998.
- PRATT, Cranford (Hg.): *Middle Power Internationalism: The North South Dimension*. Montreal 1990.
- PREUSS, Ulrich K.: Nationale, supranationale und internationale Solidarität. In: BAYERTZ, Kurt (Hg.), S. 399-409 (s. oben).
- RAGIN, Charles C.: *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley 1987.
- RISSE, Thomas: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien der Internationalen Beziehungen. In: HELLMANN [u.a.] (Hg.), S. 99-132 (s.o.).
- DERS.: Let's argue! Communication Action in International Relations. In: *Internationale Organization* 1 (2000), S. 1-39.
- RITTER, Gerhard A.: *Der Sozialstaat: Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. München 1991.
- RORTY, Richard: *Contingency, Irony, and Solidarity*. Cambridge 1989.
- SCHARPF, Fritz W. / SCHMIDT, Vivien (Hg.): *Welfare and Work in the Open Economy*. 2 Bde. Oxford 2000.

- SCHLICHTER, Klaus: La Françafrique - Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2 (1998), S. 309-343.
- SCHMIDT, Sigmar: Aktuelle Aspekte der EU-Entwicklungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19-20 (2002), S. 29-38.
- SCHRADE, Christina: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4 (1997), S. 255-294.
- SCHUBERT, Klaus / MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, Gisela (Hg.): Die Europäische Union als Akteur in der Weltpolitik. Opladen 2000, S. 29-44.
- SENGHAAS, Dieter (Hg.): Frieden machen. Frankfurt / M. 1997.
- STEFFEK, Jens: Gerechtigkeit zwischen Staaten – eine empirische Spurensuche. In: LIEBIG, Stefan [u.a.] (Hg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt / M. 2004, S. 361-386.
- STOKKE, Olav (Hg.): Western Middle Powers and Global Poverty: The Determinants of the Aid Policies of Canada, Denmark, The Netherlands, Norway and Sweden. Uppsala / Oslo 1989.
- TETZLAFF, Rainer (Hg.): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Bonn 2000.
- TRAGL, Torsten: Solidarität und Sozialstaat: Theoretische Grundlagen, Probleme und Perspektiven des modernen sozialpolitischen Solidaritätskonzeptes. München 2000.
- WAGNER, Wolfgang / HELLMANN, Gunther: Zivile Weltmacht? Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. In: JACHTENFUCHS, Markus / KOHLER-KOCH, Beate: Europäische Integration. Opladen 2003, S. 569-596.
- WEILAND, Heribert: Von Lomé zu Cotonou: Das neue Abkommen zwischen den AKP-Staaten und der europäischen Union. In: HOFMEIER, Rolf / JACOBET, Cord (Hg.): Afrika-Jahrbuch 1999. Opladen 2000, S. 48-57.
- WENDT, Alexander: Social Theory of International Politics. Cambridge 1999.
- WOLF, Susanne (Hg.): The Future of EU-ACP Relations. Frankfurt / M. 1999.
- ZOLL, Reiner: Was ist Solidarität heute? Frankfurt / M. 2000.
- ZÜRN, Michael: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt / M. 1998.

### 3.4 Eigene Vorarbeiten

Die Antragsteller haben sich in den vergangenen Jahren aktiv an der Debatte über die Bedeutung von Normen, Ideen und außenpolitischem Rollenverhalten von Staaten beteiligt. In zwei von der DFG geförderten Projekten aus dem Bereich der vergleichenden Außenpolitikforschung zur Außenpolitik der USA, Japans und Deutschlands sowie zur vergleichenden EU-Außenpolitik und nationalen Identität wurden theoretisch-konzeptionelle und länderspezifische Vorarbeiten geleistet, auf die das Teilprojekt aufbauen kann. In den beiden Forschungsprojekten lag der inhaltliche Schwerpunkt vor allem auch auf den Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik. Indem wir mit dem geplanten Projekt die Entwicklungspolitik im mehrstufigen europäischen Entscheidungssystem in den Blick nehmen, schließen wir an die bisherigen

Arbeiten an und erweitern diese um eine wichtige Außendimension. Neben diesen systematischen Arbeiten liegen seitens der Antragsteller zahlreiche Aufsätze zu internationalen Ordnungsproblemen und zur Rolle des Regierens in Räumen begrenzter Staatlichkeit unter Globalisierungsbedingungen vor. Sie zielen alle auf die für das Projekt wichtige Schnittstelle zwischen Innen- und Außenpolitik ab. Schließlich steht das laufende Dissertationsprojekt des Wiss. Mitarbeiters, Dipl.-Pol. Siegfried Schieder, in engem Zusammenhang mit dem Teilprojekt B 8, das sich mit diskursiven Veränderungen von sozialer Staatlichkeit unter den Bedingungen von Europäisierung beschäftigt. Besonders einschlägige Publikationen der Antragsteller sowie Arbeiten von Mitarbeitern des Lehrstuhls der letzten Jahre sind u.a.:

### **Veröffentlichungen**

- HARNISCH, SEBASTIAN [u.a.] (Hg): Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1998-2003. Baden-Baden 2004.
- DERS.: Theoriegeleitete Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels. In: HELLMANN, Gunther [u.a.] (Hg): Die neuen Internationalen Beziehungen. Baden-Baden 2003, S. 313-360.
- DERS.: Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel. Opladen 2000.
- DERS.: Die Politik(wissenschaft) in der Globalisierungsfalle? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: GELLNER, Winand/ STROHMEIER, Gerd (Hg): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa. Baden-Baden 2001, S. 13-24.
- MAULL, Hanns W. / HARNISCH, Sebastian (Hg.): Germany as a 'Civilian Power'? The Foreign Policy of the Berlin Republic. Manchester 2001.
- DERS.: Außenpolitische Kultur. In: KORTE, Karl-Rudolf / WEIDENFELD, Werner (Hg.): Deutschland- Trendbuch. Opladen 2001, S. 645- 672.
- DERS.: Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik? In: KAISER, Karl / SCHWARZ, H. P. (Hg.): Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Bonn 2000, S. 369-382.
- DERS. / STAHL, Bernhard: Durch den Balkan nach Europa? Deutschland und Frankreich in den Jugoslawienkriegen. In: Politische Vierteljahreszeitschrift 43 (2002), S. 82- 111.
- DERS. : Containing Entropy. Rebuilding the State: Challenges to International Order in the Age of Globalization. In: International Politics and Society 2 (2002), S. 9-28.
- DERS. [u.a.] (Hg): Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003. Baden-Baden 2003.
- JOERISSEN, Britta / STAHL, Bernhard (Hg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Mit einem Vorwort von Hanns W. Maull. Münster 2003.
- SCHIEDER, Siegfried / SPINDLER, Manuela: Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen 2003.

### 3.5 Arbeitsprogramm (Ziele, Methoden und Zeitplan)

#### 3.5.1 Ziele

Das Teilprojekt fragt danach, welche Rolle wohlfahrtsstaatlich rückgebundene Argumente der Solidarität bei der Gewährung von Außenhilfen und der Bekämpfung internationaler Armut durch die EU insbesondere gegenüber den AKP-Staaten spielen. Als Schlüsselkonzept umklammert Solidarität sowohl die SFB-Thematik der Armut (Solidarität als entwicklungspolitisches Handlungsmotiv) als auch diejenige der Fremdheit (die AKP-Beziehungen der EG / EU haben eine besondere Qualität, die einen Teil der „Dritten Welt“ inkludieren, damit zugleich aber auch andere Teile der „Dritten Welt“ von den großzügigen Handelsvorteilen und Entwicklungshilfen exkludieren). Aus den abgeleiteten Lücken in den drei skizzierten Forschungssträngen identifizieren wir drei Hauptziele für die Projektarbeit:

- In einem ersten Schritt werden aus vorhandenen rationalistischen Erklärungsansätzen Hypothesen abgeleitet und diese hinsichtlich ihres Ertrags für die Erklärung der EU-AKP-Sonderbeziehungen untersucht.
- Zweitens soll dann in Ergänzung und Erweiterung rationalistischer Ansätze das solidaritätssoziologische Erklärungsmodell, das unterschiedliche nationale Sozialstaatskonstruktionen und europäische Entwicklungshilfepolitik mittels eines Konzepts von Solidarität in Beziehung setzt, theoretisch entwickelt und entfaltet werden.
- In einem dritten Schritt werden dann in einem Längs- und Querschnittvergleich die Kausalmechanismen des Zusammenhangs zwischen nationalen Wohlfahrtsstaatskonzeptionen, EU-Entwicklungspolitik und internationaler Solidarität näher untersucht, um so nicht nur zu einer empirischen Beschreibung, sondern auch zu einer theoretisch informierten Erklärung der facettenreichen Sonderbeziehungen der EU zu den AKP-Staaten im Zeitraum seit den 1960er Jahren zu kommen.

Wie im Forschungsstand skizziert, lassen sich unterschiedliche theoretische Ansätze in der Literatur identifizieren, die für eine Analyse und Erklärung der entwicklungspolitischen Außenbeziehungen der EU zu den AKP-Staaten herangezogen werden können. Für unsere Zwecke formulieren die rationalistischen Erklärungsansätze des Neorealismus und Liberalismus als zwei einflussreiche IB-Theorien die so genannte „Nullhypothese“. In einem ersten Schritt spezifizieren wir deshalb die Bedingungen, unter denen die neorealistischen und liberalen Ansätze auf die Kooperations- und Assoziierungspolitik der EG / EU gegenüber den AKP-Staaten Anwendung finden können. Dabei ziehen wir beim jetzigen Arbeitsstand zwei Dimensionen in Betracht: Zum einen die länderbezogene Mittelvergabe (die sich über die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe und den prozentualen Anteil der nationalen Quoten am Europäischen Entwicklungsfonds bemisst und aus dem die Hilfen für die AKP-Staaten finanziert werden), zum anderen die bevorzugten Kanäle der Entwicklungshilfe. Im Zuge der

Projektarbeit sollen beide Dimensionen der Entwicklungspolitik hinsichtlich der EU-Sonderbeziehungen zu den AKP-Staaten um weitere Kriterien ergänzt werden. In einem zweiten Schritt entfalten wir dann in Erweiterung an den Theoriebestand den solidaritätssoziologischen Erklärungsansatz.<sup>23</sup>

### 3.5.1.1 Spezifikation des (neo)realistischen Ansatzes und Hypothesenbildung

Zwar liegt aus (neo)realistischer Sicht noch keine Theorie der Außenpolitik vor, aber es lassen sich doch allgemeine Bedingungen spezifizieren, unter denen eine Übertragung der Kategorien Sicherheit, Macht und Einfluss auch auf die staatliche Entwicklungshilfepolitik und speziell die EU-AKP-Beziehungen sinnvoll erscheint.<sup>24</sup> Privilegierte Außenhilfe und die Gewährung großzügiger Handelsvorteile sind aus realistischer Warte nicht prinzipiell ausgeschlossen, allerdings stehen sie zunächst immer im instrumentellen Verhältnis zu den Macht- und Sicherheitsinteressen eines Staates. Ist ein Entwicklungskontinent bzw. -land Gegenstand des eigenen Sicherheitskalküls wie z.B. während des Ost-West-Konfliktes, so folgt aus den realistischen Grundannahmen, dass die Vergabe von Entwicklungshilfen in speziellen Fall sich daran orientiert, wie das entsprechende Empfängerland im Lichte der sicherheitspolitischen und geostrategischen Interessen einzuschätzen ist. Zudem werden aufgrund der Machtkonkurrenz und entsprechend einer zweckorientierten Mittelauswahl Staaten unilaterale vor multinationalen Vergabeformen der Außenhilfe vorziehen. Denn multinationale Vergabekanäle behindern die gezielte Allokation der Mittel entsprechend nationalen Eigeninteressen und dabei den Aufbau einer asymmetrischen Einflussbeziehung zwischen Geber- und Empfängerstaat. Bezogen auf die beiden oben eingeführten Dimensionen (Mittelvergabe und Vergabekanäle) lassen sich somit folgende (neo)realistische Nullhypothesen formulieren.<sup>25</sup>

H 1: Je höher die Macht- bzw. Sicherheitsrelevanz eines Entwicklungslandes für den Geberstaat eingeschätzt wird, desto höher sind die Entwicklungshilfeleistungen für dieses Land. Entwicklungsländer, die von den Geberstaaten als feindlich eingestuft werden, erhalten kaum Entwicklungshilfe.

H 2: Je größer die Machtposition eines Geberstaates, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Vergabe von Entwicklungshilfe bilateral erfolgt und dass es zu asymmetrischen Sonderbeziehungen zwischen dem Geberstaat und dem Empfängerland kommt. Entwicklungshilfe erfolgt grundsätzlich über nationale Vergabekanäle

<sup>23</sup> Solidarische Handlungsmotive werden hier nicht als Restkategorie ausgewiesen und den ökonomischen und sicherheitspolitischen Motiven gegenübergestellt, sondern wir lassen uns vielmehr von der Notwendigkeit einer multivarianten bzw. komplementären Erklärungslogik leiten.

<sup>24</sup> Vgl. SCHRADER, Machtstaat; siehe auch BAUMANN / RITTBERGER / WAGNER, Außenpolitiktheorie, S. 247.

<sup>25</sup> Bei der Operationalisierung der Kriterien der Machtrelevanz und -einschätzung greifen wir auf die Indices staatlicher Macht in der Forschungsliteratur zurück.

und nur dann im multilateralen Rahmen, wenn der Geberstaat die entsprechenden internationalen Entwicklungshilfeinstitutionen maßgeblich zu seinen Gunsten beeinflussen kann.

### 3.5.1.2 Spezifikation des Liberalismus und Hypothesenbildung

Von der Warte des Liberalismus aus ist die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Länder zunächst sekundär. Ein Ethos der Hilfsbereitschaft und solidarischen Umverteilung erkennt auch er nicht an. Vom (neo)realistischen Erklärungsansatz unterscheidet sich der Liberalismus darin, dass Entwicklungshilfepolitik mit einer Steigerung der absoluten Wohlfahrtsgewinne korrespondiert. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass Entwicklungshilfe und privilegierte Handelspräferenzen nicht den ärmsten Ländern der Welt zugute kommen, sondern allen voran Staaten, die für die Geberstaaten als potenzielle Abnehmer von Exportprodukten und künftige Handelspartner von Interesse sind. Maßgeblich bei der Vergabehöhe ist die zu erwartende beiderseitige Wohlfahrtsrendite. Auch bleibt aus Sicht des kommerziellen Liberalismus die bilaterale Entwicklungshilfe weiterhin zentral, garantiert doch nur sie die gezielte Förderung einer wirtschaftlichen Entwicklung in überschaubaren Zeiträumen. Folglich ist eine sukzessive Supranationalisierung der Entwicklungshilfevergabe aus der liberalen Perspektive eher unwahrscheinlich.

Die Motivation der Akteure im Liberalismus ist nicht nur das Streben nach ökonomischen Wohlfahrtsgewinnen, sie beziehen auch Machtinteressen sozialer Gruppen und Eliten mit ein, da diese für die Verbesserung ihrer Einkommenschancen relevant sind. Aus der Sicht des ideellen Liberalismus können spezielle gesellschaftliche Gruppen die Gestaltung der Außen- und Entwicklungspolitik zur ihren Gunsten maßgeblich beeinflussen, obwohl Entwicklungshilfe eigentlich nicht im ökonomischen Interesse der Geberstaaten ist. Beispiele dafür sind koloniale Pfadabhängigkeiten oder Tauschbeziehungen, die es etwa klientelistischen Netzwerken oder organisierten politischen Eliten erlauben, die Entwicklungspolitik weitgehend partikulären Interessen innerhalb eines Staates unterzuordnen.<sup>26</sup> Somit lassen sich folgende *liberale Nullhypothesen* formulieren.<sup>27</sup>

H 3: Je größer die aktuelle handelspolitische Bedeutung und das ökonomische Potential eines Entwicklungslandes bzw. einer Entwicklungsregion, desto höher fallen die Entwicklungshilfeleistungen an dieses Land bzw. diese Region aus.

H 4: Staaten werden ihre nationalen Vergabekompetenzen und Ressourcen nur dann multilateral ausrichten oder supranationalen Einrichtungen wie der Kommission über-

<sup>26</sup> SCHLICHTE, La Françafrique.

<sup>27</sup> Die Variante des republikanischen Liberalismus bleibt hier zunächst unberücksichtigt.

tragen, wenn sie sich davon eine Steigerung der Effizienz der entwicklungspolitischen Maßnahmen erhoffen.

H 5: Je größer der Einfluss klientelistisch verfasster Interessengruppen innerhalb eines Landes und je fester die durch die klientelistischen Netzwerke induzierten patrimonialem Strukturen zwischen Geber- und Empfängerland sind, desto höher fallen die Entwicklungshilfeleistungen aus.

### 3.5.1.3 Entwicklung des solidaritätssoziologischen Ansatzes

Die Grundlegung und Entfaltung des solidaritätssoziologischen Ansatzes erfolgt in vier Schritten. Erstens wird ein Begriff von Solidarität eingeführt, der es ermöglicht, autonomes solidaritätskonformes Handeln zu identifizieren (a). Zweitens muss gezeigt werden, dass die politischen Akteure spezifische Handlungsformen der Solidarität nicht nur erkennen, sondern auch anerkennen (b). Drittens gilt es dann zu zeigen, wie sich Solidarität konkret in Außenpolitik auf nationaler und dann auf EU-Ebene übersetzt (c). Schließlich werden viertens aus dem solidaritätssoziologischen Ansatz Grundannahmen aufgestellt und erste Basishypothesen hergeleitet, die angeben, unter welchen Bedingungen solidarische Handlungsdispositionen in der europäischen Nord-Süd-Politik eine Rolle spielen und wann nicht (d).

(a) Der Begriff der Solidarität soll entlang einer idealtypischen Differenzierung zwischen strategischem und solidarischem Handeln entwickelt werden.<sup>28</sup> Solidarität manifestiert sich nicht in bloßen Gefühlsäußerungen, sondern stets im Handeln. Zentral für solidarisches Handeln ist folglich die Nachrangigkeit des Eigeninteresses bis hin zum Fehlen einer egoistischen Interessenverfolgung im Handlungsvollzug. Als typische und gesellschaftlich verbreitete Solidaritätsbegründungen werden in der Literatur deshalb auch Loyalität, Moralität, Altruismus, erweiterte Reziprozität oder kollektivorientiertes Verhalten genannt.<sup>29</sup> Solidarität erweist sich damit als eingängiger Handlungsmechanismus der Ausschließung („negative Solidarität“). Solidarität meint dann, dass man im Kampf gegen andere solidarisch ist oder dass andere von unserer Solidarität ausgeschlossen werden. Von der negativen Solidarität ist die „positive“ Solidarität“ zu unterscheiden. Solidarität impliziert dann eine Öffnung auf das Andere, das Fremde. Der Fremde ist in seiner Fremdheit eben nicht ein Feind, sondern ein zu respektierender „Anderer“. Erst der „evolutionäre Sprung von der Solidarität unter Freunden zur Solidarität unter Fremden“ scheint die modernen Eigenschaften des Solidaritätskonzeptes hervortreten zu lassen.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> Vgl. u.a. RORTY, Contingency; BAYERTZ, Solidarität; ZOLL, Was ist Solidarität; BRUNKHORST, Solidarität.

<sup>29</sup> KAUFMANN, Sozialpolitik, S. 40f.

<sup>30</sup> BRUNKHORST, Solidarität unter Fremden, S. 10.



(b) Ein an der zweckrationalen Interessenverfolgung ausgerichteter Begriff des sozialen Handelns operiert essentiell auf individueller und nicht auf kollektiver Ebene. Gleichwohl ist korporatives und kollektives Handeln selbstverständlich von individuellen Entscheidungen abhängig. Auf kollektiver Ebene ist es vor allem der moderne Wohlfahrtsstaat, der die Organisation von Solidarität übernommen hat.<sup>31</sup> Solidarität setzt nicht notwendigerweise die Existenz einer einheitlichen politischen Körperschaft voraus, sondern sie ist prinzipiell darauf angelegt, Gruppengrenzen zu überschreiten.<sup>32</sup> Die Beschwörung gemeinsam postulierter, meist kulturell verankerter Werte ist heute konstitutiv für öffentliche Solidaritätsdiskurse. Sie zeichnen sich durch eine hohe Reichweite aus, sei es in zeitlicher („zukünftige Generation“), sozialer (Einbeziehung des „Andersartigen“ bzw. „Fremden“) oder in sachlicher Hinsicht (etwa der unterschiedliche Grad an Solidaritätsrechten und -pflichten innerhalb einer Gesellschaft). Für unsere Zwecke gilt es zu zeigen, dass sich innerhalb von Nationalstaaten je spezifische Solidaritätskonstruktionen herausgebildet haben und zur Legitimation des Sozialstaates herangezogen wurden. Es ist plausibel anzunehmen, dass der Ausprägung der Solidaritätsbereitschaft in entwickelten Wohlfahrtsstaaten ein spezifischer Imperativ der internationalen Hilfsbereitschaft mit (moralisch) verpflichtendem Charakter entspricht, der nicht an nationale Grenzen gebunden, aber auch nicht gänzlich universal ist. Und es erscheint ebenfalls plausibel, dass gesellschaftliche Vorstellungen darüber, wie diese Hilfsbereitschaft am effektivsten dargestellt werden könnte, die je spezifischen nationalen Ausprägungen der Sozialstaatsmodelle reflektieren werden.

(c) Eine wichtige Aufgabe bei der Entfaltung des solidaritätssoziologischen Erklärungsmodells ist es, den spezifischen Mechanismus des Zusammenhangs von Nationalstaat und solidarischer Umverteilung nach innen und den verpflichtenden Hilfs- und Handlungsimperativen von Regierungen gegenüber Armen und Fremden nach außen empirisch zugänglich zu machen. Wie übersetzt sich Solidaritätsbereitschaft im Innern eines Landes in konkretes außenpolitisches Handeln? Hier nehmen wir folgende Weichenstellungen vor: Zum einen nehmen wir an, dass unterschiedliche ordnungs- und handlungsbezogenen Solidaritätsvorstellungen von Individuen in einer Gesellschaft durch das spezifische Wohlfahrtsstaatsprofil institutionell geprägt werden.<sup>33</sup> Zum anderen heben wir auf den öffentlichen Diskurs ab. Damit nehmen wir auf Arbeiten Bezug, welche die Bedeutung von Ideen nicht nur mit Blick auf die konstitutive Rolle für Akteursverhalten hervorheben, sondern auch für die Erklärung von „begrenzten Kausalmechanismen“ heranziehen.<sup>34</sup> Geht man davon aus, dass in demokratischen Gemeinwesen die Innen- wie die Außenpolitik gegenüber der Bevölkerung öffentlich legitimiert werden muss, stellen Argumente, Überzeugungen und Deutungsmuster eine

<sup>31</sup> Klassisch dazu DURKHEIM, Soziale Arbeitsteilung; siehe auch BAYERTZ, Begriff, S. 37.

<sup>32</sup> Vgl. RORTY, Contingency; PREUSS, Internationale Solidarität, S. 402.

<sup>33</sup> Ähnlich argumentiert BODE, Solidarität, S. 33-71.

<sup>34</sup> Vgl. KELLER [u.a.], Handbuch.

zentrale Ressource politischen Handelns dar.<sup>35</sup> Mit Diskurs ist dabei die Sphäre der argumentativen Auseinandersetzung von politischen Akteuren mit widerstreitenden Zielen gemeint, die zugleich unter Beobachtung der Öffentlichkeit stehen. Diskurse strukturieren die Handlungsoptionen von politischen Akteuren nicht notwendigerweise in eine vorgegebene Richtung, sondern lassen mehrere Optionen zu. Es sei hier betont, dass es uns in dem Projekt weder darum geht, ob bestimmte Deutungen von Solidarität bzw. Solidaritätssemantiken „richtig“ oder „falsch“ sind. Im Zentrum des Interesses steht vielmehr die Verknüpfung von Entwicklungspolitik und den in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten imprägnierten Solidaritätsvorstellungen und -einstellungen im politischen Diskurs seitens wichtiger politischer und gesellschaftlicher Akteure.

(d) Wie der Liberalismus geht der solidaritätssoziologische Ansatz erstens davon aus, dass Außenpolitik primär eine Funktion der Innenpolitik ist. Im Unterschied zu den rationalen liberalen Varianten schreiben wir den Akteuren nicht nur eigennützige Interessen zu, sondern nehmen an, dass aus der Gesellschaft heraus spezifische Forderungen der Solidarität an das politische System erhoben werden. Zweitens nehmen wir an, dass in und zwischen modernen Gesellschaften ein Ethos der Hilfsbereitschaft sowie ein gewisses Maß an Empfindlichkeit gegen Armut und Fremdheit Anerkennung findet („solidarische Interdependenz“). Drittens gehen wir davon aus, dass solidarische Handeln in der Außenpolitik variabel ist, d.h. es ist zum einen abhängig, ob die von Staat zu Staat unterschiedlich stark ausgeprägten Solidaritätsforderungen über politische und gesellschaftliche Öffentlichkeitsakteure (Medien, Abgeordnete, NGOs usw.) ‚zum Diskurs finden‘. Ausgehend von diesen Grundannahmen lassen sich zwei solidaritätsbezogene Basishypothesen herleiten, die zu Beginn der Projektphase durch Zusatzhypothesen spezifiziert werden:

H 6: Je stärker Solidarität im modernen Wohlfahrtsstaat institutionalisiert ist und je mehr diese die Einstellungen der Individuen zum Sozialstaat prägt, desto größer ist der solidarisch motivierte Handlungsdruck auf die Außen- und Entwicklungspolitik demokratischer Regierungen.

H 7: Je größer die Bedürftigkeit eines Entwicklungslandes bzw. einer -region, desto stärker wird der solidarisch motivierte Handlungsdruck auf demokratische Regierungen und desto höher sind die Armutshilfe und Leistungen der Geberländer an die entsprechenden Entwicklungsländer und -regionen.

### 3.5.2 Methoden und Dimensionen des fallstudienbezogenen Vergleichs

Fragestellung und Untersuchungsgegenstand legen einen horizontalen und vertikalen Vergleich als Analysestrategie nahe. Zum einen erhöht er die Zahl der Untersuchungs-

---

<sup>35</sup> MAJONE, Evidence; FISCHER / FORESTER, Argumentative Turn; RISSE, Let's argue!

objekte und damit die Varianz der unabhängigen Variablen<sup>36</sup> und ermöglicht damit Wohlfahrtsstaatskonzeptionen zu erfassen, die nicht in allen Mitgliedstaaten gleich vorkommen. Dies ist hier insofern wichtig, als es darum geht, spezifische nationale Konzeptionen von Wohlfahrtsstaatlichkeit und institutionalisierte Formen der Solidarität zu rekonstruieren. Zum anderen werden damit Veränderungsprozesse erfasst, welche wiederum Aussagen über die zeitliche Persistenz und den Wandel von Wohlfahrtsstaatskonzeptionen und Solidaritätsdiskursen erlauben.

a) *Querschnittvergleich*: Was den Ländervergleich angeht, so lassen wir uns von drei Dimensionen leiten: Erstens sollen die ausgewählten Staaten das gesamte Spektrum an wohlfahrtsstaatlichen Kontexten umfassen.<sup>37</sup> Damit wird gewährleistet, dass unterschiedlich stark ausgestaltete Formen der sozialstaatlichen Solidarität in das Blickfeld der Untersuchung geraten. Zweitens beziehen wir in unsere Untersuchung große und kleinere EU-Mitgliedstaaten ein. Drittens sollen die ausgewählten Länder auch hinsichtlich der kolonialgeschichtlichen Vergangenheit Varianzen aufweisen. Dieses „rückwärtsblickende“ Forschungsdesign hält nicht nur den Blick offen für verschiedene Erklärungsfaktoren, die relevant sein könnten, sondern es erlaubt auch, die Kausalmechanismen rückzuverfolgen und mögliche Wechselwirkungen zwischen den Variablen zu ergründen.<sup>38</sup>

Nach einer vorläufigen Auswertung scheinen – neben pragmatischen Erwägungen wie Sprachkenntnisse und Datenlage – vor allem die Staaten Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Schweden vielversprechend. Was den wohlfahrtsstaatlichen Kontext anbelangt, so steht Großbritannien für das liberale Wohlfahrtstaatsmodell. Sozialstaatlichkeit wird dort vor allem durch Argumente der individuellen Wohlfahrt und Gerechtigkeit im Sinne des vorherrschenden Utilitarismus legitimiert. Schweden ist hingegen der Prototyp für das sozialdemokratische Modell, welches von der „Leidenschaft der Gleichheit“ getragen und durch einen stark sozial ausgeglichenen Staat binnenlegitimatorisch abgestützt wird. Deutschland und Frankreich stehen beispielhaft für das kontinental-europäische Wohlfahrtsmodell mit stark ausgeprägtem Individua-

<sup>36</sup> Vgl. RAGIN, *Comparative Method*.

<sup>37</sup> Grundlegend dazu ESPING-ANDERSON, *The Three Worlds*; vgl. auch LESSENICH / OSTNER, *Welten*. Die neuere Wohlfahrtsstaatsforschung unterscheidet hingegen vier Modelle: das liberale, das skandinavische, das kontinentale sowie ein mediterranes Modell. Diese vier Modelle unterscheiden sich hinsichtlich der historisch gewachsenen Gewichtungen der zentralen Wohlfahrtsproduzenten Staat, Markt und Familie sowie hinsichtlich des sozialstrukturellen Haupteffektes (Inklusion, Exklusion), des Dekommodifizierungsgrades im Sinne des Schutzes gegen Markteinflüssen sowie der zentralen regulativen Idee (Eigenverantwortung, Status-Hierarchie, Universalismus). Vgl. FERRERA [u.a.], *Future*; SCHARPF / SCHMIDT, *Welfare*, S. 9-14.

<sup>38</sup> Zum Unterschied zwischen einem „vorwärtsblickenden“ (das nach den Wirkungen einer gegebenen erklärenden Variable fragt) und „rückwärtsblickenden“ Forschungsdesign (dem es um die Ursachen und somit um die Erklärung bestimmter politischer Entscheidungen geht) siehe KING [u.a.], *Designing*, S. 189-191.

lismus und Etatismus. Italien wird hingegen in neueren Forschungen dem mediterranen Wohlfahrtsstaatsmodell zugeschlagen.<sup>39</sup>

Mit der Auswahl dieser Staaten tragen wir auch der Varianz bezüglich der zweiten Vergleichsdimension Rechnung. Zwar sind Deutschland, Frankreich und Großbritannien politisch einflussreicher als Italien und Schweden, zählen sie doch zu den wichtigen Mittelgebern im Europäischen Entwicklungsfonds. Da die Grundzüge der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im AKP-EU-Ministerrat im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien getroffen werden, kann nicht *per se* angenommen werden, dass sich die Ergebnisse der Kooperationsbeziehungen zu den AKP-Staaten ohne weiteres durch den Rückgriff auf diese Staaten erklären lassen.

Schließlich unterscheiden sich die ausgewählten Länder auch hinsichtlich ihrer kolonialgeschichtlichen Vergangenheit. Während vor allem Frankreich und Großbritannien – aber auch Italien – besondere kolonialhistorische Bindungen zu den AKP-Staaten hatten, trifft dies auf Deutschland und Schweden kaum oder gar nicht zu. Damit ist eine doppelte Varianz innerhalb der großen Staaten mit kolonialgeschichtlichem Erbe (Frankreich und Großbritannien) und zwischen großen Staaten mit und ohne Kolonialerbe (Deutschland) gegeben.

*(b) Längsschnittvergleich:* Will man den Einfluss solidarischen Handelns in der Nord-Süd-Politik der EU nicht nur in einer Momentaufnahme erfassen, so bedarf es eines möglichst die gesamte Entwicklungszusammenarbeit der EU umfassenden Betrachtungsfensters. Dies erlaubt dann Rückschlüsse auf mögliche programmatische Angleichungsprozesse innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Aus pragmatischen Forschungsgründen identifizieren wir Phasen, in denen innerhalb der Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene intensive Debatten um die Ausgestaltung der Sonderbeziehungen zu den AKP-Staaten stattfanden. Konkret werden drei Phasen untersucht, die sich zeitlich klar voneinander unterscheiden und die maximale Spannweite des innen- und außen- bzw. internationalen politischen Kontextes abdecken:

*Vor-Lomé-Phase (1960-1968):* In diese Phase fällt das noch stark kolonialhistorisch geprägte Yaoundé I Abkommen (1963-1968). Damit steht diese Untersuchungsphase exemplarisch für die Gründungsphase europäischer Assoziierungspolitik, zum anderen fällt das Intervall in eine Zeit, in der die europäischen Wohlfahrtsstaaten sich erst langsam entwickelten.

*Lomé-Phase (1973-1980):* In dieser ersten Phase wurde mit dem ersten von vier Lomé-Folgeabkommen (1975-1980)<sup>40</sup> das Fundament der staatlichen Globalabkommen zwischen EG und AKP-Staaten gelegt. Zum einen ging mit Lomé I eine

<sup>39</sup> FERRERA, *The Southern*; vgl. auch KAUFMANN, *Sozialpolitisches Denken*, S. 181-185.

<sup>40</sup> Lomé II (1979) und III (1984) folgten weitgehend dem Muster des ersten Abkommens. GRILLI, *The EC*.

Erweiterung des regionalen Geltungsbereichs der europäischen Assoziierungspolitik auf 46 Entwicklungsländer einher. Zum andern fällt Lomé I in die optimistische Zeit der Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Innerstaatlich erreichten die europäischen Wohlfahrtsstaaten ihre volle Blüte.

*Post-Lomé-Phase (1995-2004)*<sup>41</sup>: Das Cotonou-Abkommen (2000-2020) läutet die Post-Lomé-Phase nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und den neuen Prioritäten der EU in den Außenbeziehungen ein. Erstmals wird explizit auf die Verringerung der Armut als zentrales Ziel der Zusammenarbeit und als Querschnittsaufgabe zwischen den AKP- und den EU-Staaten verwiesen. Auch nimmt im Cotonou-Abkommen die Konditionalisierung der Entwicklungspolitik sowie die Förderung partizipativer Konzepte im Hinblick auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie „good governance“ einen wichtigen Stellenwert ein. International ist diese Phase geprägt durch die Neuausrichtung der Ziele der Entwicklungspolitik, wie sie insbesondere im Rahmen des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD festgelegt wurde,<sup>42</sup> während auf nationaler Ebene der europäische Wohlfahrtsstaat unter den Bedingungen von Globalisierung und Europäisierung zunehmend unter Rechtfertigungs- und Einsparungsdruck gerät. Die nachfolgende Abbildung fasst noch einmal die zentralen Dimensionen des Forschungsdesigns zusammen:

Untersuchungsgegenstand	Sonderbeziehungen der EG / EU zu den AKP-Staaten von 1960 bis 2004		
	Rationalistische Ansätze		Solidaritätssoziologischer Ansatz
Theoretische Ansätze	Neorealismus	Liberalismus	
Übertragung auf die Entwicklungspolitik	Spezifikation der Bedingungen	Spezifikation der Bedingungen	Grundlegung, Entfaltung und Anwendung des Ansatzes
Hypothesenbildung: nationale Ebene	H 1 und H 2 (Nullhypothesen)	H 3 H 4	H 6 und H 7 (Basishypothesen)
Hypothesenbildung: EG /EU	?	H 5 (Nullhypothesen)	
Vergleich I: synchron	Frankreich, Großbritannien (*), Deutschland, Italien, Schweden (**)		
Vergleich II diachron	Vor-Lomé-Phase (1960-1968) Lomé-Phase (1973-1980) Post-Lomé-Phase (1995-2004)		

Legende: H = Hypothesen (\*) = wird ab 1973 untersucht (\*\*) = wird ab 1995 untersucht

<sup>41</sup> Mit der Halbzeitüberprüfung für Lomé IV in 1995 wurde ein weitreichender Wandlungsprozess in den EU-AKP-Beziehungen angestoßen, der in den Vertrag von Cotonou mündete. Vgl. ELGTRÖM, Lomé, S. 185.

<sup>42</sup> DAC (Development Advisory Committee of the OECD), Shaping.

Neben den beiden Vergleichsdimensionen führen wir eine Inhalts- und Prozessanalyse durch, bei der wir uns auf öffentliche Dokumente und Debatten (nationale Parlamente, EU-Parlament), Umfragedaten, Medien und Experteninterviews stützen. Die Inhaltsanalyse dient dazu, die in den jeweiligen nationalen Wohlfahrtsstaaten inkorporierten Solidaritätsausprägungen sowie die Nord-Süd-Politik der EG / EU zu ermitteln. Damit werden gleichsam die unabhängigen Variablen und die abhängige Variable „Sonderbeziehungen der EG / EU zu den AKP-Staaten“ für die drei Zeiträume bestimmt. Hinsichtlich der Erhebung der unabhängigen Variablen wurden mit der Fallauswahl bereits erste vorläufige Einschätzungen in Form von Hypothesen vorgenommen, die jedoch weiter überprüft werden müssen. Ebenso muss die Ausprägung der unabhängigen Variable noch näher konzeptionalisiert und mit Hilfe eines Analyserasters operationalisiert werden. Anschließend wird die europäische Entwicklungspolitik unter Berücksichtigung der Kooperationsbeziehungen zu den AKP-Staaten beschrieben, um festzustellen, ob und inwieweit die nationalen Wohlfahrtsstaatskonzeptionen in der Nord-Süd-Politik der EG/EU ihren Niederschlag finden und welche Art von Motiven für die Sonderbeziehungen zu den Staaten des AKP-Raumes handlungsleitend sind.

Der Ermittlung des Einflusses der Handlungsmotive auf die Beziehungen der EG / EU zu den AKP-Staaten erfolgt dann mittels einer Prozessanalyse („process tracing“).<sup>43</sup> Dabei wird gezielt nach Belegen gesucht, ob ein vermuteter Einflussfaktor im entwicklungspolitischen Entscheidungsprozess auf EU-Ebene tatsächlich wirksam gewesen ist. Um diesen Prozess für die Zeitintervalle zu rekonstruieren, ist ein detailliertes zeitgeschichtliches Studium der Fälle notwendig. Die nähere Untersuchung des Kausalmechanismus zwischen den Variablen ist aus zweierlei Gründen notwendig: Zum einen bietet die Prozessanalyse die Möglichkeit, den aus der Kovarianz von unabhängiger und abhängiger Variable erschlossenen kausalen Zusammenhang gesondert zu prüfen, da die Prozessanalyse unser Verständnis des Falls und die Aussagekraft des theoretischen Erklärungsmodells erhöht, indem sie zeigt, wie bestimmte Solidaritätsforderungen aus der Gesellschaft sich in außen- und entwicklungspolitisches Handeln demokratischer Regierungen übersetzt. Zum anderen bietet die Prozessanalyse die Möglichkeit, den Einfluss unterschiedlicher Variablen bzw. Erklärungsfaktoren auf die Sonderbeziehungen der EG / EU zu den AKP-Staaten zu prüfen.

---

<sup>43</sup> GEORGE / MCKEOWN, Case Studies.

### 3.5.3 Zeitplan: Tabellarische Zusammenstellung

Arbeitsphase	Monate	Aktivitäten und beteiligte Forscher/innen	Beteiligte Forscher
I	01/2005-06/2005  07/2005-12/2005	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufarbeitung der theoretischen/ empirischen Literatur</li> <li>• Erste Sichtung von Dokumenten und Primärliteratur und deren Systematisierung</li> <li>• Kontaktaufnahme zu den relevanten nationalen Regierungen, den Entwicklungsstellen der EU und AKP sowie sonstiger wichtiger Öffentlichkeitsakteure</li> <li>• Entwicklung des solidaritätssoziologischen Ansatzes sowie Hypothesenbildung</li> <li>• Diskussion des methodischen Vorgehens zur Erhebung und Untersuchung von Solidaritätsdiskursen</li> </ul>	Antragsteller/ Wiss. Mit.
II	01/2006-03/2006	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertiefende Aufarbeitung der Forschungsliteratur</li> <li>• Entwicklung eines Kriterienkataloges zur Abfassung von nationalen Wohlfahrtstaatsprofilen</li> <li>• Vorbereitung der Datenerhebung, Vorbereitung/Planung von Auslandsaufenthalte inkl. Experteninterviews</li> <li>• Theoretische Anpassung des Untersuchungsdesigns</li> <li>• Vorbereitung der ersten Tagung</li> </ul>	Antragsteller/ Wiss. Mit./ Hilfskräfte
1. Workshop: Internationale Solidarität und EU-Entwicklungspolitik			
III	04/2006-10/2006  10/2006-02/2007  03/2007-07/2007	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Datenerhebungen und Feldforschungsaufenthalte in den fünf Ländern und auf EU-Ebene</li> <li>• Auswertung, Analyse und erste vergleichende Diskussion der Ergebnisse</li> <li>• Zweite Datenerhebung für die nationalen öffentlichen politischen Solidaritätsdiskurse: qualitative Inhaltsanalysen der Parlamentsdebatten; Untersuchung relevanter nationaler / europäischer Dokumente; Experteninterviews mit wichtigen politischen Vertretern auf nationaler / europäischer Ebene</li> <li>• Datenerhebung für den gesellschaftlichen / transnationalen Interessengruppendiskurs, qualitative Inhaltsanalysen der Äußerungen ausgewählter nationaler / europäischer Interessenvertreter; qualitative Inhaltsanalyse der in den wichtigen nationalen Medien geführten Debatten</li> <li>• Datenerhebung der Einstellung der Bürgerinnen/innen zum Wohlfahrtstaat, Sekundäranalysen zur öffentlichen Meinung</li> </ul>	Wiss. Mit./ Hilfskräfte
IV	08/2007-04/2008 04/2008-09/2008	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Prozessanalyse: Auswertung und vergleichende Interpretation der Inhaltsanalysen und Synthese der Ergebnisse</li> <li>• Beginn der Niederschrift der Qualifikationsarbeiten</li> <li>• Vorbereitung der zweiten Tagung zur Diskussion mit internationalen Vertretern von Theorie und Praxis und der ersten Publikationen</li> </ul>	Wiss. Mit./ Hilfskräfte
2. Workshop: Die EU als entwicklungspolitischer Nord-Süd-Akteur			
V	10/2008-12/2008	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung des vorläufigen Arbeits- und Ergebnisberichts,</li> <li>• Publikation der Ergebnisse</li> </ul>	Antragsteller/ Wiss. Mit.

### 3.6 Stellung innerhalb des Sonderforschungsbereichs

Das Teilprojekt zielt erstens im Gesamtverbund darauf, dessen theoretische Dimensionen auszuweiten und zu vertiefen. Es verortet sich dabei einerseits in der aktuellen Theoriedebatte der Disziplin „Internationale Beziehungen“ und versucht, zu dieser Debatte einen empirisch gesättigten Beitrag zu leisten. Zum anderen will das Teilprojekt in seinen theoretischen Zielsetzungen Brücken zu anderen Projekten des SFB schlagen. Dies soll insbesondere durch die Entwicklung einer allgemeinen Theorie der Solidarität für den Kontext der internationalen Beziehungen geleistet werden. Indem B 8 Formen der Inklusion und Exklusion in der internationalen Staatenwelt untersucht, wird die Perspektive des SFB auf die Gesellschaft der Staaten (Staatenwelt) ausgeweitet, in der sich ja in vielfältiger Weise ebenfalls Formen der Inklusion und Exklusion finden, für die das EU-AKP-Sonderverhältnis hier beispielhaft steht. Unsere Frauengstellung erlaubt es dabei, Referenzbezüge zum Verständnis von „Armut“ und „Fremdheit“ in unmittelbarer Nähe (d.h., im Kontext der eigenen Gesellschaft) wie in der Ferne (Entwicklungsdefizite und absolute Armutproblematik der „Dritten Welt“) sowie den politischen Umgang mit diesen Phänomenen (Wohlfahrtsstaat/Entwicklungspolitik) systematisch herzustellen, die auch für andere Teilprojekte befruchtend wirken können. In historischer Perspektive ergeben sich daraus Bezüge zu A 2 (Roms auswärtige ‚Fremde‘). Ebenso wie Roms Aufstieg zur Weltmacht durch die Einbeziehung von „auswärtigen Fremden“ begünstigt wurde, so hat die Einbeziehung der ehemaligen Kolonien in das Entwicklungssystem der EU den Aufstieg Brüssels zu einem internationalen entwicklungspolitischen Akteur gefördert.

Für die systematische Einbeziehung verschiedener europäischer Wohlfahrtsstaatsmodelle erwarten wir wertvolle Anregungen von den Ergebnissen der historischen Studien zu diesem Bereich in der ersten Förderphase (2002-2004) des SFB und der anderen Teilprojekte mit wohlfahrtsstaatlichen Bezügen in dieser Phase. Durch die Thematisierung internationaler Armut ergeben sich inhaltliche Bezüge vor allem zu den Projekten des Bereichs B, wobei mit B 4 (Armenpolitik in europäischen Städten) und B 5 (Armut im ländlichen Raum) eine Zusammenarbeit in der Frage der vergleichenden Wohlfahrtstaatlichkeitsentwicklung angestrebt wird, die wir in vergleichender nationaler Perspektive innerhalb Europas fortführen. Eine thematische Nähe ist neben A 6 (Mediterrane Arbeitsmigration) vor allem zu C 7 (Politische Repräsentation von Fremden und Armen) gegeben. In enger Zusammenarbeit mit C 7 soll der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit sich Prozesse der Entgrenzung internationaler Solidarität vor dem Hintergrund der Globalisierung und Europäisierung auch bei der politischen Repräsentation von Fremdheit und Armut innerhalb von Nationalstaaten widerspiegeln.

### 3.7 entfällt



### 3.8 Ergänzungsausstattung für das Teilprojekt

PK: Personalbedarf und -kosten (Begründung vgl. 3.8.1)

SV: Sächliche Verwaltungsausgaben (Begründung vgl. 3.8.2)

I: Investitionen (Geräte über 10.000,00 EUR brutto; Begründung vgl. 3.8.3)

PK	Bewilligung 2004 <sup>1)</sup>				2005				2006				2007				2008			
	Verg.-Gr.	Anz.	Betrag EUR		Verg.-Gr.	Anz.	Betrag EUR		Verg.-Gr.	Anz.	Betrag EUR		Verg.-Gr.	Anz.	Betrag EUR		Verg.-Gr.	Anz.	Betrag EUR	
	BAT IIa				BAT IIa	1	58.800		BAT IIa	1	58.800		BAT IIa	1	58.800		BAT IIa	1	58.800	
	BAT IIa/2				BAT IIa/2	1	27.600		BAT IIa/2	1	27.600		BAT IIa/2	1	27.600		BAT IIa/2	1	27.600	
	SHK				SHK	2	24.000		SHK	2	24.000		SHK	2	24.000		SHK	2	24.000	
	<b>Zus.:</b>				<b>Zus.:</b>	<b>4</b>	<b>110.400</b>		<b>Zus.:</b>	<b>4</b>	<b>110.400</b>		<b>Zus.:</b>	<b>4</b>	<b>110.400</b>		<b>Zus.:</b>	<b>4</b>	<b>110.400</b>	
	<b>Kosten- kategorie oder Kennziff.</b>		<b>Betrag EUR</b>		<b>Kosten- kategorie oder Kennziff.</b>		<b>Betrag EUR</b>		<b>Kosten- kategorie oder Kennziff.</b>		<b>Betrag EUR</b>		<b>Kosten- kategorie oder Kennziff.</b>		<b>Betrag EUR</b>		<b>Kosten- kategorie oder Kennziff.</b>		<b>Betrag EUR</b>	
		515	2.000		515		0		515		0		515		0		515		0	
		522	500		522		500		522		500		522		500		522		500	
		527	2.487		527		13.298		527		25.851		527		2.267		527		2.267	
		537	1.200		537		1.000		537		1.000		537		1.000		537		1.000	
	<b>Summe:</b>		<b>6.187</b>		<b>Summe:</b>		<b>14.798</b>		<b>Summe:</b>		<b>27.351</b>		<b>Summe:</b>		<b>3.767</b>		<b>Summe:</b>		<b>3.767</b>	
	<b>Investitionsmittel insgesamt</b>				<b>Investitionsmittel insgesamt</b>				<b>Investitionsmittel insgesamt</b>				<b>Investitionsmittel insgesamt</b>				<b>Investitionsmittel insgesamt</b>			

<sup>1)</sup> nur bei Fortsetzungsanträgen

3.8.1 Begründung des Personalbedarfs

	Name, akad. Grad, Dienststellung	engeres Fach des Mitarbeiters	Institut der Hochschule oder der außeruniv. Einrichtung	Mitarbeit im Teilprojekt in Std./Woche (beratend: B)	auf dieser Stelle im SFB tätig seit	Beantragte Einstufung im BAT
<b>Grundaussstattung</b>						
3.8.1.1 wissenschaftl. Mitarbeiter (einschl. Hilfskräfte)	1. Maull, Hanns W., Dr. Univ. Prof. 2. Harnisch Sebastian, Dr., Wiss. Mit.	Außenpolitik//Internat. Beziehungen Außenpolitik//Internat. Beziehungen	FB III/Politikwissenschaft FB III/Politikwissenschaft	4 Std./W. 5 Std./W.		
3.8.1.2 nichtwissenschaftl. Mitarbeiter	3. Rupp, A. Christine, Verwaltungsangestellte		FB III/Politikwissenschaft	2 Std./W.		
<b>Ergänzungsaussattung</b>						
3.8.1.3 wissenschaftl. Mitarbeiter (einschl. Hilfskräfte)	4. Schieder, Siegfried, Dipl.-Pol., Wiss. Mit. 5. N.N., Wiss. Mit. 6. N.N., SHK 7. N.N., SHK	Außenpolitik//Internat. Beziehungen dto. dto. dto.	FB III/Politikwissenschaft FB III/Politikwissenschaft FB III/Politikwissenschaft FB III/Politikwissenschaft	40 Std./W. 20 Std./W. 18 Std./W. 18 Std./W.		BAT IIa X BAT IIa/2 X SHK X SHK X
3.8.1.4 nichtwissenschaftl. Mitarbeiter						

(Stellen, für die Mittel neu beantragt werden, sind mit X gekennzeichnet)

### **Aufgabenbeschreibung von Mitarbeitern der Grundausrüstung**

- 1./2. Die Antragsteller vertreten das Teilprojekt gegenüber Dritten. Gemeinsam mit dem promovierten Wiss. Mitarbeiter sind sie für die konzeptionelle Weiterentwicklung des Projekts, der Betreuung der Qualifikationsarbeiten sowie für die Formulierung der Ergebnisse zuständig.
3. Frau Christine A. Rupp wird als Sekretärin des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen / Außenpolitik einen Teil der laufenden Korrespondenzen erledigen.

### **Aufgabenbeschreibung von Mitarbeitern der Ergänzungs-ausrüstung**

4. 1. Wissenschaftl. Mitarbeiterstelle (BAT IIa), 01.01.2005-31.12.2008  
Dipl.-Pol. Siegfried Schieder wird nach Abschluss seiner Promotion (voraussichtlich Ende 2004) auf einer vollen Projektstelle die Arbeiten gemeinsam mit den Antragstellern koordinieren und konzeptionell weiterentwickeln. Herr Schieder war maßgeblich bei der Formulierung des Projektantrages beteiligt und ist somit nicht zuletzt aufgrund seiner laufenden Promotionsarbeit und theoretischen Interessen bestens für diese Stelle qualifiziert. Die Komplexität und der theoretische Gehalt des Untersuchungsgegenstandes erfordern die Einstellung eines promovierten Mitarbeiters, der keiner längeren Einarbeitung bedarf und die Bereitschaft mitbringt, im hohen Maße konzeptionell und selbständig zu arbeiten. Neben der Projektkoordination wird Herr Schieder vor allem mit der Entwicklung des solidaritätssoziologischen Ansatzes beschäftigt sein. Darüber hinaus wird er den öffentlichen Solidaritätsdiskurs hinsichtlich der entwicklungspolitischen Beziehungen der EG/ EU gegenüber den AKP-Staaten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland (3 Fallstudien bzw. Zeitphasen), Italien (3 Fallstudien bzw. Zeitphasen) und Schweden (1 Fallstudie bzw. Zeitphase) bearbeiten und die Ergebnisse formulieren.
5. 1 Wissenschaftl. Mitarbeiterstelle (BAT IIa/2), 01.01.2005-31.12.2008  
N.N. wird sich auf einer Promotionsstelle schwerpunktmäßig mit den Solidaritätsdiskursen und -debatten in Frankreich (3 Fallstudien bzw. Zeitphasen) und Großbritannien (2 Fallstudien bzw. Zeitphasen) beschäftigen. Daneben wird N.N. hinsichtlich der Zusammenführung der Fallstudien zum europäischen Gesamtprofil (d.h. den entwicklungspolitischen Beziehungen der EG / EU gegenüber den AKP-Staaten) involviert sein. Gemäß des Arbeitsplanes ist vorgesehen, dass die Datenerhebung und -analyse für die zu untersuchenden (nationalen und europäischen) Diskurse bzw. Debatten über Solidarität / Wohlfahrtstaatlichkeit und Entwicklungshilfe zwischen den Mitarbeitern jeweils parallel erfolgt, wobei der Vergleich vom Gesamtprojekt zu leisten ist. Geplant ist eine Dissertation, deren Thema in engem Zusammenhang mit der EU als globaler Akteur in der Entwicklungs- und Armutsbekämpfungspolitik steht. Von N.N. erwarten wir empirische Vorkenntnisse bezüg-

lich der zu untersuchenden Länder Frankreich und Großbritannien sowie Kenntnisse der Nord-Süd-Politik der EU.

6./7. 2 Student. Hilfskraftstellen (à 18 Wochenstunden), 01.01.2005-31.12.2008

Für das Teilprojekt sind wegen des erheblichen Aufwandes hinsichtlich der Recherche, Bereitstellung und Auswertung von Daten, Dokumenten und Materialien zwei volle studentische Hilfskraftstellen notwendig. Zu den weiteren Aufgaben der Hilfskräfte gehört die Pflege des projektübergreifenden Datenbanksystems. Die studentischen Hilfskräfte sollen soweit möglich auch in die inhaltliche Arbeit einbezogen werden. Ziel ist die Anfertigung von ein bis zwei thematisch einschlägigen Masterarbeiten.

### 3.8.2 Aufgliederung und Begründung der Sächlichen Verwaltungsausgaben (nach Haushaltsjahren)

	2005	2006	2007	2008
Für Sächliche Verwaltungsausgaben stehen als <b>Grundausstattung</b> voraussichtlich zur Verfügung:				
Für Sächliche Verwaltungsausgaben werden als <b>Ergänzungsausstattung</b> beantragt (entspricht den Gesamtsummen "Sächliche Verwaltungsausgaben" in Übersicht 3.8):Begründung zur <u>Ergänzungsausstattung</u>	6.187	14.798	27.351	3.767

(Alle Angaben in EUR)

#### Begründung zur Ergänzungsausstattung der Sächlichen Verwaltungsausgaben

##### 515: Kleingeräte

Die geplanten Auslandsaufenthalte machen die Anschaffung eines Laptops für das Teilprojekt B 8 in Höhe von 2.000 € (2005) notwendig. In den Fällen, in denen die Recherche-, Archiv- und Dokumentationsarbeiten im Ausland parallel erfolgen, soll die gemeinsame Nutzung der entsprechenden Geräte mit anderen Projekten im SFB angestrebt werden.

##### 522: Verbrauchsmittel

Die Mittel für Büromaterial entsprechen mit insgesamt 500 € pro Förderjahr dem durchschnittlichen Bedarf der Teilprojekte.

**527: Reisemittel**

Für die Bearbeitung der Fallstudien sind Arbeits- und Rechercheaufenthalte (inkl. für die Durchführung von Experteninterviews) in den Untersuchungsländern sowie bei der EU-Kommission und beim AKP-Sekretariat in Brüssel notwendig. Beantragt werden Mittel im Umfang von insgesamt 43.903 € für die Jahre 2005-2008.

Der Kalkulation der Reisekosten liegen die Richtlinien des Landesreisekostengesetzes zugrunde. Die Berechnung der Fahrtkosten erfolgte auf der Grundlage der Kosten für ein Rückfahrticket 2. Klasse mit Bahncard 50. Für Tage- und Übernachtungsgelder wurden die entsprechenden Pauschalen angesetzt. Geplant sind folgende Reisen; eine detaillierte Kostenaufstellung kann im Projekt eingesehen werden:

<b>Jahr</b>	<b>Ort und Art der Aufwendung</b>	<b>Summe, ca.</b>
2005	Bahncard 50	200
	2 x Trier-Brüssel-Trier (DB), 4 x Trier-Bonn/Berlin-Trier, 1 x Trier-Hamburg-Trier, 5 Tage Hamburg	1.037
	Kongresspauschale	1.250
	<b>Summe, ca.</b>	<b>2.487</b>
2006	2 x Bahncard 50	400
	je 1 x Trier-London-Trier, Trier-Paris-Trier (DB), Trier-Rom-Trier, Trier-Stockholm-Trier, Trier-Brüssel-Trier, Trier-Berlin-Trier; 14 x Bonn	2.175
	7 Tage Archiv- und Feldforschung in Berlin, 14 Tage Archiv- und Feldforschung in Brüssel, 5 Wochen Feldforschung und Interviews in Großbritannien, Frankreich, Italien und Schweden	9.473
	Kongresspauschale	1.250
	<b>Summe, ca.</b>	<b>13.298</b>
2007	2 x Bahncard 50	400
	je 1 x Trier-Brüssel-Trier, Trier-London-Trier, Trier-Paris-Trier (DB), Trier-Rom-Trier, Trier-Stockholm-Trier, 2 x Trier-Bonn/Berlin-Trier	2.165
	je 14 Tage Feldforschung in London, Paris, Rom, Stockholm, Brüssel und Bonn, 7 Tage Berlin	22.036
	Kongresspauschale	1.250
	<b>Summe, ca.</b>	<b>25.851</b>
2008	Bahncard 50	200
	2 x Trier-Brüssel-Trier, 2 x Trier-Berlin-Trier, 2 x Trier-Bonn-Trier	450
	2 Tage in Brüssel, 2 Tage in Berlin	367
	Kongresspauschale	1.250
	<b>Summe, ca.</b>	<b>2.267</b>
	<b>Summe 2005-2008, ca.</b>	<b>43.903</b>

In den Reisemitteln sind pro Förderjahr 1.250 € enthalten, die für die Teilnahme an projektbezogenen Tagungen vorgesehen sind.

**532: Vervielfältigungen / Kopien**

Kopier- und Vervielfältigungskosten in der genannten Höhe (2005: 1.200 €, 2006: 1.000 €, 2007: 1.000 €, 2008: 1.000 €) sind nach der bisherigen Projekterfahrung nötig, um die Literatur, Quellen und sonstigen Daten zu erschließen, da aufgrund der internationalen Fragestellung in starkem Maße Literatur per Fernleihe bestellt und kopiert werden muss.

**533: Publikationskosten**

Vgl. zu den beantragten Publikationskosten Teilprojekt Z.

**535: Kolloquien**

Vgl. zu den beantragten Kosten für Kolloquien und Symposien Teilprojekt Z.

**3.8.3 entfällt**